



**WISSENSCHAFTSMINISTER
KONFERENZ**

Resilienz im Wissenschaftssystem

(Beschluss der Wissenschaftsministerkonferenz vom 15.10.2025
für die Kultusministerkonferenz)



WISSENSCHAFTSMINISTER KONFERENZ

Die Wissenschaftsministerkonferenz hat mit ihrer Erklärung vom 4. Juli 2025 die zentrale Bedeutung der Wissenschaftsfreiheit als unverzichtbare Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft, ihres Wohlstands und ihrer Innovationsfähigkeit betont.

Die Wissenschaftsfreiheit steht weltweit zunehmend unter Druck – durch politische Einflussnahme, Desinformation, ökonomische Abhängigkeiten und ideologische Polarisierung. Auch in den USA spitzt sich die Lage weiter zu. Hochschulen sehen sich dort mit Angriffen auf akademische Unabhängigkeit, Lehrfreiheit und den offenen Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse konfrontiert. In dieser Situation ist internationale Solidarität von entscheidender Bedeutung. Die Wissenschaftsministerkonferenz stellt sich daher ausdrücklich an die Seite der US-amerikanischen Hochschulen, um gemeinsam für die Autonomie der Forschung, die Vielfalt der Perspektiven und die freie Diskussion von Wissen einzutreten. Wissenschaft ist international und kann ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nur dann gerecht werden, wenn sie ohne Angst vor politischer oder gesellschaftlicher Repression betrieben werden kann.

Zuletzt hat sich einer Delegation der Wissenschaftsministerkonferenz bei der German Academic International Network-Jahrestagung 2025 in Boston (GAIN2025) eindrücklich gezeigt, welche besorgniserregende Folgen es selbst für ein so etabliertes und wettbewerbsfähiges Wissenschaftssystem wie das US-amerikanische hat, wenn die Wissenschaftsfreiheit angegriffen wird.

Auch in Deutschland ist der öffentliche Diskurs zunehmend in Teilen von Wissenschaftsskepsis oder gar Wissenschaftsfeindlichkeit geprägt. Die Wissenschaftsministerinnen und -minister der Länder sehen deshalb dringenden Handlungsbedarf und werden das Thema Resilienz der deutschen Wissenschaftsorganisationen zeitnah und entschlossen angehen. Es gilt, die Integrität und Glaubwürdigkeit der Wissenschaft zu bewahren und das Vertrauen der Gesellschaft in wissenschaftliche Erkenntnisprozesse und evidenzbasierte Ergebnisse dauerhaft zu sichern.

1. Die Wissenschaftsministerkonferenz hält es für notwendig, Handlungsbedarf bezüglich der Widerstandsfähigkeit wissenschaftlicher Organisationen in Deutschland zu identifizieren und Lösungswege zu erarbeiten.
2. Sie begrüßt, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Hochschulrektorenkonferenz jeweils eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema eingerichtet haben und sich der Fragestellung gezielt widmen.



WISSENSCHAFTSMINISTER KONFERENZ

3. Die Wissenschaftsministerkonferenz bekräftigt ihre Bereitschaft, in Zusammenarbeit mit den Wissenschaftsorganisationen und anderen relevanten Akteuren geeignete Strategien zu entwickeln und voranzubringen, um die Freiheit von Wissenschaft und Forschung dauerhaft zu sichern und damit auch zukünftig ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren. Die Wissenschaftsorganisationen sind eingeladen, gemeinsam mit der Wissenschaftsministerkonferenz Handlungsoptionen zu erörtern. Eine Beteiligung des Bundes würde von der Wissenschaftsministerkonferenz ausdrücklich begrüßt.

Die Wissenschaftsministerkonferenz misst dem Thema eine hohe Relevanz für die zukünftige Gestaltung von Wissenschaftsfreiheit zu. Sie spricht sich dafür aus, das Thema mit Nachdruck zu verfolgen und wird auf Grundlage der Diskussion des Hochschulausschusses und unter Federführung der Ministerinnen Schüle und Olschowski in der Wissenschaftsministerkonferenz 2026 hierzu beraten.

4. Die Wissenschaftsministerkonferenz sieht in einer transparenten und verantwortungsvollen Wissenschaftskommunikation, die sich zeitgemäßer Formate bedient, ein wichtiges Instrument, um den offenen Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu fördern und dabei die Bedeutung von Wissenschaft für unsere demokratische Gesellschaft, für die Innovationsfähigkeit und für unseren Wohlstand zu verdeutlichen. Sie sieht darin einen Weg, die gesellschaftliche Akzeptanz der Wissenschaft zu stärken. Die erhöhten Anstrengungen insbesondere der Wissenschaftsorganisationen im Bereich der Wissenschaftskommunikation begrüßt sie ausdrücklich.
5. Der Hochschulausschuss wird gebeten, den Dialogprozess mit allen Beteiligten einzuleiten und die fachliche Vorbereitung für die Länderseite sicherzustellen.